



Foto: Kristina Schäfer, Mainz



Blick zurück aus der Zukunft

## Herausforderung ländlicher Raum

► Ein trüber Novembertag im Jahr 2018 und so kurz vor dem Ende meiner „offiziellen“ Planertätigkeit komme ich bestens gelaunt von einer tollen Veranstaltung zurück: Bundeskongress nachhaltige Landentwicklung in Rheinland-Pfalz, im ICE-Congress-Center Montabauer.

Sie erinnern sich vielleicht noch an den Jahreswechsel 2011/2012 in Rheinland-Pfalz, mit der ersten rot-grünen Landesregierung, als die „Grünen“ von sich und uns Planern fast unmenschliches einforderten: Ausweisung von Windkraftanlagen in Naturparks, ja sogar in den Kernzonen! Es war noch nicht lange her, da wurde von Verspargelung der Landschaft gesprochen und nur die Bürgermeister der Landgemeinden waren begeistert, aufgrund der klingelnden Gemeindegassen. Aber Fukushima, die Reaktorkatastrophe vom Frühjahr 2011, veränderte die bundesdeutsche Energiepolitikwelt gewaltig. Plötzlich war fast alles möglich.

Aber ich bin ein wenig abgeschweift! Denn als sich die Fixierung auf die Windenergienutzung gelegt hatte, kehrte man im Land wieder zu den wahren Herausforderungen in Politik und Gesellschaft zurück: Dem Strukturwandel im ländlichen Raum!

Neu war das nicht, aber so richtig ran wollte an das Thema keiner. Die Verwaltungsreform 2014 hatte auch nicht recht dazu beigetragen, sich mit der Problematik ernsthaft zu befassen.

Fachlich Versiertes lag schon lange vor. So hatte der Beirat für Kommunalpolitik bereits im Herbst 2010 in einem Bericht der Landesregierung auf acht Seiten Handlungsempfehlungen aufgezeigt. Hier war zu lesen, wie die Politik die Leerstandsproblematik und die Entwicklung des ländlichen Raumes in den Griff bekommen könnte, welche Förderinstrumente möglich und nötig waren.

Auch die Kollegen von der Leibniz Universität in Hannover hatten zwei Jahre lang in be-

ster wissenschaftlicher Manier die Dörfer und Problemstellen erforscht, typisiert und Maßnahmen empfohlen. Sie sparten auch nicht mit klaren und „schmerzhaften“ Aussagen, wie der Empfehlung die ländlichen Zentren zu Ungunsten kleinerer, nicht „überlebensfähiger“ Dörfer zu stärken. Win – win für alle, so das Ergebnis, ist nicht mehr möglich. Aber das wollte die Politik nicht hören, und schon gar nicht umsetzen.

Anfang 2014 war die Verwaltungsvorschrift-Dorf noch nicht novelliert. Die Siegerprojekte des Preises „Unser Dorf hat Zukunft“ waren zwar immer wieder nett anzusehen, aber als Problemlöser des Strukturwandels und des Leerstandes nicht tauglich.

### Erste sinnvolle Maßnahmen

Es muss Ende 2014 gewesen sein, als niemand mehr die Augen vor dem ganzen Ausmaß der Problematik verschließen konnte. Eine Hochrechnung des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Inneres, Sport und Infrastruktur hatte ergeben, dass die Förderung im Rahmen der Dorferneuerung gewaltige Summen verschlingen wird. Alleine die Förderung der Planungs- und Projektsteuerungskosten in den Schwerpunktgemeinden, den Dörfern mit 500 bis 3.000 Einwohnern, würde das Land rund 45 Mio. Euro kosten. Für die rund 500 Dörfer mit 1.000 bis 3.000 Einwohnern wären alleine schon 22 Mio. Euro aufzubringen. Dazu käme noch die Förderung von konkreten Maßnahmen. Da spätestens reifte die Erkenntnis, dass die alten Rezepte nicht greifen!

Es musste etwas gut geplantes, gemeinsam mit den Bürgern erarbeitetes und politisch tragfähiges her, um die Probleme im ländlichen Raum nachhaltig in den Griff zu bekommen! In Kooperation mit der Architektenkammer Rheinland-Pfalz schrieb das Innenministerium in Rheinland-Pfalz ein Landesprogramm zum experimentellen Wohnungs- und Städtebau „Landumbau Rheinland-Pfalz“ aus.

Vier Pilot-Verbandsgemeinden wurden aus jeder Region ausgewählt. Im Verbund der Verbandsgemeinde erstellten die Bürger gemeinsam mit den beauftragten freien Planern über zwei Jahre ein maßnahmen- und kostenbezogenes Handlungsprogramm für eine nachhaltige Dorferneuerung. Dieses musste zielführend und maßnahmenbezogen alle aktuellen Themen berücksichtigen. Zukunftsfähigkeit, Bevölkerungsentwicklung, Wohnstandortsicherung, Entleerung, Energie, Versorgung, Wirtschaft und Tourismus galt es ebenso in einem transparenten Prozess mit zu bedenken, wie Funktionsteilung, Verwaltungshoheit/Verbandsgemeinde, Bürgerselbsthilfe, Umsetzungsstrategie und Förderbedarf.

Die Ergebnisse wurden nun, Ende 2018 mit Beteiligung der anderen Bundesländer und unter Regie des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung auf dem „Bundeskongress nachhaltige Landentwicklung“ vorgestellt und ein Preis der Bürgerstiftung 2018 an die rheinland-pfälzische Verbandsgemeinde mit dem besten Konzept verliehen.

Die Worte les´ ich wohl ...

Ein gutes, gesundes und arbeitsreiches Jahr 2012 wünscht ◀ Frank Böhme, Kaiserslautern  
Vorstandsmitglied

PS: Der Wettbewerb könnte von mir aus auch schon viel früher stattfinden!